

Luise Klemens, Vorsitzende der Fraktion ver.di, ACA, IG Metall

„Ich möchte mich zu dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz äußern, weil uns das als DAK-Gesundheit vor echte Herausforderungen stellt. Wir sprechen im Laufe der Sitzung über den Haushalt für das Jahr 2023 und auch dort begegnet uns dieses Thema wieder. Von daher nutze ich die Gelegenheit deutlich zu machen, was uns an diesem Gesetz stört.

Insbesondere stört uns, dass die Versicherten in der Hauptsache belastet werden. Einerseits dadurch, dass die Beiträge für die Versicherten jetzt, oder auch erst im Laufe der Zeit erhöht werden, aber auch, dass die Finanzreserven, die wichtige Puffer darstellen, abgebaut werden. Es ist ja beschrieben worden, was noch an Kosten auf uns zukommt, nachdem der Schätzerkreis getagt hat. Und wenn die Puffer abgeschmolzen sind, haben wir richtig Probleme, unseren Aufgaben gerecht zu werden. Und auch der „großzügig“ gewährte Kredit muss auch irgendwann zurückgezahlt werden. Wir sind daher der Auffassung, dass er einer nachhaltigen Politik in diesem Bereich braucht. Und das sehen wir mit diesem Gesetz nicht erreicht. Wenn man nach vorne schaut, ist daher unsere Forderung, dass es eine wirkliche Reform braucht. Und zwar eine Reform im Wortsinne, damit etwas auch besser wird.

Solange ich mich engagiere, erlebe ich Gesundheitsreformen immer in dem Sinne, dass man sich fragt, was wieder alles verschlimmbessert worden ist. Von daher ist eine wirkliche Reform notwendig. Im Koalitionsvertrag steht dazu bereits einiges. Das könnte angegangen werden und nicht nur Stückwerk hierzu. Und dazu gehören auch die Themen, die wir bereits lange kritisieren, nämlich es gibt eine systematische Unterfinanzierung, weil die gesetzlichen Krankenkassen gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahrzunehmen haben, die aber nicht voll ausfinanziert sind, zum Beispiel die Mitversicherung der Familienangehörigen, die Kosten für ALG-2-Empfänger und Empfängerinnen bzw. die künftigen Empfänger des Bürgergeldes. Wir sehen bereits schon immer am Anfang des Jahres, wo am Ende die Lücken sein werden, und hier braucht es eine deutliche Veränderung.

Innerhalb des Finanzierungsgesetzes gibt es einen kleinen Bereich und der geht in Richtung Pflege, bzw. was in der Pflege besser finanziert werden soll. Hier ist unsere Meinung, die Pflege nur unmittelbar auf die Pflege unmittelbar am Bett zu fokussieren, ist zu kurz gesprungen. Mit jedem Menschen, mit dem man in diesem Zusammenhang spricht, der oder die in den Einrichtungen einigermaßen Ahnung hat, weiß, dass es sich immer um Teamleistungen handelt. Das eine ist die Pflege am Bett, aber was ist mit der Essensversorgung, was ist mit der Reinigung, was ist mit der Sterilisation usw. Deswegen ist die Pflege ganzheitlich zu sehen, und es macht uns daher nicht froh, was man hierzu in diesem Gesetz sieht. Andere Dinge, wo man schnell was tun könnte, um die Situation zu verbessern – ein Beispiel ist die Mehrwertsteuerreduzierung auf Arzneimittel – bleiben außen vor. Hier passiert nichts. Ich will damit sagen, wir haben uns in der Fraktion ausführlich mit dem Haushalt beschäftigt und ich kann an dieser Stelle bereits sagen, dass wir aus

Vernunftgründen der Beitragserhöhung zustimmen werden. Wir sehen es dabei aber sehr kritisch, dass durch die Medien geht, dass manche Krankenkassen ihre Beiträge erhöhen werden, ehe der jeweilige Verwaltungsrat überhaupt getagt hat. Das kann ich mir für unsere Krankenkasse überhaupt nicht vorstellen, dass dies passieren könnte. Und darüber bin ich auch sehr froh, ist es doch auch ein Zeichen der wertschätzenden Zusammenarbeit bezüglich der Rolle der Selbstverwaltung hier bei uns in der DAK-Gesundheit.

Die Frage, wird dies Einschränkungen auf die Leistungen der DAK-Gesundheit haben, davon gehe ich nicht aus. Wir werden ja heute in der Sitzung über eine Leistungsausweitung sprechen. Es ist auch umfassend darüber berichtet worden, welche Konsolidierungsmaßnahmen im Fokus stehen, damit es eben gerade nicht zu Einschränkungen bei den Leistungen kommen wird. Gleichwohl stellt uns als Krankenkasse die gestiegene Inflation ebenfalls vor Herausforderungen. Wenn die sächlichen Verwaltungskosten mehr oder weniger eingefroren werden, dann wird es zusätzlich sportlich, damit umzugehen.

Ich danke dem Vorstand für die Informationen zu den Sozialwahlen im Jahr 2023. Hier wird es die größte Herausforderung darstellen, – neben all den Dingen, die es zu tun gibt – ob es gelingen wird, die Wahlbeteiligung über die Online-Wahlen zu erhöhen. Aber auch hier gibt es viele Pläne, wie dies gelingen kann, wie wir die Versicherten motivieren können, sich an der Wahl zu beteiligen. Im nächsten Jahr ist auch die Krankenhausfinanzierung ein großes Thema. Die Pflege in der Klinik und in der Altenpflege genauso. Hier ist die Frage des Fachkräftemangels ein riesiges Problem. Und als zuständige Gewerkschaft kann ich dazu sagen, dass wir in den vergangenen Jahren viel im Hinblick auf das Einkommen erreicht haben. Aber das größte Problem für viele ist die Arbeitsbelastung. So reduzieren viele Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitszeit oder geben generell ihre Tätigkeit auf. Und wenn man sich die Prognosen anschaut, wie viele Beschäftigte in der Pflege bis zum Jahr 2030 fehlen werden, – und das ist nicht mehr so lange hin – dann ist das eine Gesamtaufgabe an die Politik, endlich mal nicht nur Stückwerk zu tun. Die Kolleginnen und Kollegen sind frustriert, dass zwar alle sagen, „ja, Ihr habt eine wichtige Aufgabe und ohne Euch geht es überhaupt nicht.“ Aber passieren tut nicht wirklich etwas. Alle stellen sich im Kreis auf und zeigen auf die anderen, dass Verbesserungen kommen sollen. Von daher ist es eine Erwartung an die Politik im Jahr 2023, dass hier deutlich etwas passiert.

Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion für die Zusammenarbeit bedanken. Auch in den Zeiten von Corona, die ja auch noch nicht endgültig vorbei sind, war die Zusammenarbeit trotzdem gut. Das gilt auch für den Austausch zwischen den Sitzungen. Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle des Verwaltungsrates für ihre Unterstützung und ich bitte darum, Grüße an die Führungskräfte in der morgigen

Führungsklausur auszurichten. Ich bedanke mich für die Arbeit durch die Beschäftigten in diesen besonderen Zeiten. Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine wünsche ich uns allen friedlichere Zeiten.“